

## Heinrich-Böll-Stiftung

### ABSCHOTTEN ODER VORTEILE NUTZEN?

#### Europa und die Realität der Einwanderung

*Veranstaltungsbericht von Stefan Schaaf*

Die abgeschotteten Außengrenzen der EU bringen ihnen den Tod: Tausenden von Flüchtlingen aus Schwarzafrika, aus Pakistan oder Bangladesch. Sie versuchen, in Fischerbooten oder Gummiflößen von Senegal und Mauretanien auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Oder sie warten in den Exklaven Ceuta und Melilla, in Algerien und Libyen auf eine Möglichkeit, Spanien oder Italien zu erreichen. Die Meerenge von Gibraltar sei, so der Schriftsteller Navid Kermani, „Europas größtes Massengrab“, in dem bereits etwa 15 000 Menschen verschwunden seien.

Die Regierung der Kanaren schätzt, dass im Jahr 2006 allein in ihrem Seegebiet 6000 Flüchtlinge ertrunken sind. Andere NGOs vermuten, dass in den letzten zehn Jahren mindestens 11 000 Menschen bei der Flucht übers Meer ums Leben gekommen sind. Auf den Kanaren kamen 2006 900 Kinder ohne Begleitung von erwachsenen Angehörigen an. Spaniens Regierung steckte sie in Auffanglager mit haarsträubenden Bedingungen. Auch die griechische Küstenwache geht mit brutalen Mitteln in der Ägäis gegen Flüchtlinge vor.

Mitleid kennen die Behörden in den Mitgliedsstaaten der EU angesichts dieser Not keines. Der Autor **Elias Bierdel** musste dies erleben, als er 2004 mit 37 schiffbrüchigen Afrikanern an Bord der „Cap Anamur“ ohne Genehmigung in einen sizilianischen Hafen einlief. Er wurde fünf Tage in Untersuchungshaft genommen und des Menschenschuggels bezichtigt, im derzeit laufenden Prozess in Agrigent droht Italiens Justiz ihm und seinem Kapitän Stefan Schmidt bis zu zwölf Jahren Haft an. Die Cap Anamur sei beschlagnahmt und werde verschrottet, kündigte man ihm an. Der Fall machte Schlagzeilen, zu dem Schaden kam für Bierdel der Hohn der großen Medien, die ihm vorwarfen, ein Publicity-Spektakel inszeniert zu haben.

Dann stürmten im Herbst 2005 tausende Flüchtlinge den Grenzzaun in Melilla, 700 kamen durch, aber sechs verloren ihr Leben.

Die selben Zeitungen, die Bierdel verspottet hatten, mussten in den letzten beiden Jahren immer wieder Fotos verstörter Urlauber drucken, die morgens am Strand von Gran Canaria Gruppen halbverdursteter Afrikaner vorfanden. Auch in Lampedusa, einer kleinen italienischen Insel vor der Küste Tunesiens, wurden Boote voller Flüchtlinge angespült. Bierdel schilderte, wie diese Flüchtlinge mit militärischen Maßnahmen zur Umkehr gezwungen werden und wie die Küstenwache andere Schiffe vor im Meer treibenden Flüchtlingsbooten warnt - anstatt zur Hilfe aufzufordern, wie es auf den Weltmeeren üblich ist.

Trotz all dieser dramatischen Szenen ist es der EU bisher gelungen, ihren „Kampf gegen illegale Einwanderung“ in positives Licht zu setzen. Die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX verwies stolz darauf, die Zahl der Flüchtlinge auf den Kanaren 2007 um 60 Prozent gesenkt zu haben. Vor allem ist Immigration bei vielen Bürgern ein mit Angst besetztes Thema, mit dem sich von konservativen Kreisen nicht nur in Hessen bestens Politik machen lässt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat die Debatte um zeitgemäße Regelungen für die Migration in Europa zu einem Schwerpunkt ihrer diesjährigen Arbeit gemacht („Governance of European Migration“). Am 4. März ging es beim Jour Fixe, den die Stiftung einmal im Monat gemeinsam mit der tageszeitung (taz) veranstaltet, um diese Fragen.

Bevor Elias Bierdel seine damalige Rettungsaktion und ihre Folgen schilderte, umriss **Steffen Angenendt** von der Stiftung Wissenschaft und Politik den rechtlichen Rahmen der EU-Migrationspolitik. Er wies auf die völlig unterschiedlichen Dimensionen hin, die Einwanderung in den EU-Mitgliedsstaaten hat: Polen und das Baltikum verlieren derzeit durch Migration an Bevölkerung, während die Mittelmeerländer den Einwanderungsdruck stark zu spüren bekommen. Die EU hat erst in den letzten Jahren Regeln für die Zusammenarbeit durchsetzen und Kompetenzen von den Nationalstaaten übernehmen können. Noch immer wird Einwanderung und Einbürgerung sehr unterschiedlich gehandhabt, wobei Deutschland mit am restriktivsten verfährt. Seit 1992 wurde hier das Asylrecht so verschärft, dass es politisch Verfolgten faktisch nicht mehr möglich ist, auf legale Weise bei uns um Aufnahme zu ersuchen.

Viel zu zaghaft erprobt die EU Möglichkeiten, die Türen in die Gemeinschaft einen Spalt weit zu öffnen und so den Druck der irregulären Migration in geordnete Bahnen zu lenken. Für Einwanderer fehlen Möglichkeiten, um sich auf reguläre Weise ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu erwerben, beklagte **Omid Nouripour**, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen und Experte für Migrationsfragen. Und die Wege, die es gibt, dürften sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern müssten durchlässig sein, forderte er. Da wird für die vom Arbeitsmarkt dringend benötigten Fachkräfte und Spezialisten eine „Blue Card“ eingeführt, die es ihnen wenigstens erleichtert, auch ihre Familien nach Europa mitzubringen, aber mehr als ein Anfang sei das nicht. Es brauche mehr solche aufeinander abgestimmte Instrumente. Der jetzige Weg der EU sei „fatal falsch“, so Nouripour.

Nicht nur Fachkräfte, auch andere wollen nach Europa, denen selbst die ausbeuterischen Löhne von Schwarzarbeitern in Putzkolonnen oder auf den Tomatenfeldern als Verlockung erscheinen. Nur in Ansätzen wird von europäischen Stellen in Westafrika Aufklärung über die realen Chancen als illegaler Migrant betrieben. Die kommerziellen Schlepperorganisationen in Senegal bieten hingegen im Internet konkrete Tipps für die Fahrt übers Meer sowie quasi eine Gebrauchsanweisung für die EU-Einwanderungsbürokratie. Selbst die Erwartung, die Flucht nur mit einer Chance von 50 Prozent zu überleben, schreckt die afrikanischen Migranten nicht.

In der EU ist oft zu hören, man bemühe sich auch um die Bekämpfung der Fluchtgründe: Dem stehe allerdings die EU-Politik in anderen Bereichen entgegen, sagte Bierdel: Zum einen begünstigt die EU mit ihren Fördergeldern, dass Europas Fangflotten den Ozean vor Westafrika nahezu leergefischt haben und so die Lebensgrundlage der lokalen Fischer zerstören. Zum anderen behindern die Agrarsubventionen der EU weiterhin das Überleben der Landwirtschaft in Afrika. Zuletzt werden gerade in den subsaharischen Ländern in den nächsten Jahrzehnten die Folgen des Klimawandels dramatisch zu spüren sein.

März 2008